

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0512/2010 zur Sitzung Stadtrat am 23.03.2010**

Haushaltsbegleitantrag (CDU)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Haushaltssanierungskonzept (HSK) vorzulegen, so wie dies auch bereits andere große Städte (zum Beispiel Wuppertal, Bochum etc.) mit einer vergleichbaren Haushaltssituation getan haben. Hierzu gehört auch eine entsprechende Aufgabenkritik mit dem Ziel, mittelfristig einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Im HSK soll klar definiert werden, mit welchen konkreten Maßnahmen dieses Ziel umgesetzt werden soll.

Anhand einiger exemplarischer Beispiele soll nachfolgend aufgezeigt werden, welche Schritte aus Sicht der CDU für eine Umsetzung herangezogen werden können:

1.) Mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung werden Verhandlungen aufgenommen mit dem Ziel, den Verbundsatz zu erhöhen und damit die Kommunen finanziell besser auszustatten. Auch sollen von Seiten des Landes Rheinland-Pfalz die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen verbessert werden.

2.) Die prekäre Haushaltssituation verlangt von der Verwaltung stärkere Sparmaßnahmen als bislang vorgelegt. Insbesondere der Personalbereich ist nach den Kosten für die sozialen Leistungen der zweitgrößte Posten im Etat. Deshalb führt an einer Senkung der Personalkosten und einem Personalabbau kein Weg vorbei. Dies aber unter dem Leitgedanken, dass Personalabbau und Senkung der Personalkosten unter folgender Prämisse stehen: sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigung und nur im Rahmen der Fluktuation.

Folgende Vorschläge, aufgelistet nach aufsteigenden Amtsnummern, werden von der CDU eingebracht:

Amt 10 Steuerung und Personal

Im Umfeld des Oberbürgermeisters können durch das Zusammenlegen verschiedener Büros (z.B. Frauenbüro, Arbeitsmarktförderung etc.) Synergien geschaffen und Stelleneinsparungen erzielt werden.

Tätigkeiten in der administrativen Personalverwaltung werden ausgelagert, zum Beispiel die Beihilfeabrechnung.

Amt 12 Stadtentwicklung

Das Amt für Stadtentwicklung wird aufgelöst und der Stadtplanung zugeteilt. Die Abteilung Wahlen wird in das Amt 10 oder 33 integriert.

Amt 17 Umweltamt

Die Ämter für Umwelt und Grün fusionieren.

Amt 18 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Das Personal wird deutlich reduziert.

Amt 20 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung übernimmt zentral den Forderungseinzug bzw. die Forderungsbearbeitung der Verwaltung, zum Beispiel auch aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung. Die EDV wird auf einen hohen Automationsgrad aufgerüstet.

Amt 30 Rechts- und Ordnungsamt

Die Verkehrsüberwachung aus Amt 31 wird dem Ordnungswesen zugeschlagen, da hier Synergien mit den Ordnungskräften zu erreichen sind, siehe das Beispiel Frankfurt am Main.

Amt 31 Verkehrsüberwachung

Die Verkehrsabteilung mit KFZ- und Führerscheinstelle wird in das Bürgeramt integriert, die Bußgeldstelle in die Finanzverwaltung und die Verkehrsüberwachung in das Amt 30.

Amt 34 Standesamt

Das Standesamt wird als Abteilung in das Bürgeramt integriert.

Amt 51 Jugend und Familie

Die städtischen Kindertagesstätten werden in einen Eigenbetrieb überführt.

Amt 65 Projektentwicklung und Bauen

Das Amt wird in die zuständige GWM integriert.

Amt 80 Wirtschaft und Liegenschaften

Die Liegenschaftsaufgaben werden im Rahmen der Geschäftsbesorgung auf die GVG übertragen.

Weiterer Vorschlag

Das Tiefbauamt und die Verkehrstechnik werden in den Wirtschaftsbetrieb Anstalt des Öffentlichen Rechts (AÖR) überführt.

3.) Auch im Sachkostenbereich müssen Ausgaben eingespart werden. Deshalb fordern wir eine pauschale, fünfprozentige Einsparung im Sachkostenbereich, ausgenommen hiervon sind Sachkosten im Kindertagesstätten- und im Schulbereich.

Zusammenfassung:

Durch eine deutliche Reduzierung der Ämter (allein aus o.g. Maßnahmen ergeben sich 6 Ämtereinsparungen) werden die Spitzenbeamten deutlich weniger, was eine Kostenersparnis zur Folge hat. Parallel getätigte Aufgaben werden „in einer Hand“ gehalten und erledigt. Hierdurch können ebenfalls Kosten eingespart werden. Auch kann es zu einer deutlichen Reduzierung des Personals auf Abteilungsleiterebene kommen, da diese zukünftig mehrere Sachgebiete betreuen dürfen.

4.) Folgende Maßnahmen sollen im Investitionshaushalt für das Jahr 2010 verändert werden:

Laufende Nr. 2 im Investitionshaushalt – Amt 10:

Auf die vorgesehene Umgestaltung der Rathauspforte wird verzichtet. Stattdessen soll diese Maßnahme in die allgemeine Sanierung des Rathauses mit eingebunden werden. (Einsparung im Haushalt 2010: 50.000 €)

Schaffung eines neuen Schulausstattungsfonds mit dem Schwerpunkt Realschule Plus in Höhe von 200.000 €.

Amt für soziale Leistungen – Produkt 33101, lfd. Nr. 17:

Erhöhung des städtischen Zuschusses an das Netzwerk Weisenau auf 45.000 €, bisher 22.000 €.

Erhöhung des städtischen Zuschusses für das Caritas-Zentrum Delbrel in der Neustadt auf 45.000 €, bisher 25.500 €.

5.) Allgemeine Einnahmemöglichkeiten:

Der Verkauf von Grundstücken muss von Seiten der Stadt aktiv vorangetrieben werden. Die in einem Katalog zusammengefassten Liegenschaften von bebaubaren und veräußerbaren Grundstücken müssen umgesetzt werden.

Begründung:

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Andrea Litzemberger
Fraktionsvorsitzende